

Wir sind für Sie da

An dieser Stelle werden wir künftig die Vertreter der einzelnen Wahlkreise der Stadt Heinsberg vorstellen. Auf diese Weise können Sie sich im Falle eines Problems oder wenn Sie Fragen haben, direkt an die / den für Sie zuständige / n Frau / Mann wenden.

Uwe Rauschning

Wahlkreis Schafhausen/Schleiden

Uwe Rauschning wurde am 12.01.1974 in Heinsberg geboren und lebt mit seiner Frau Yvonne seit 2006 in Schafhausen.



In den Niederlanden arbeitet er für Philips/Medical als Versandmitarbeiter am Standort Herkenbosch.

In seiner Freizeit entspannt er bei der Gartenarbeit, auf Fahrradtouren oder einfach nur in geselliger Runde mit netten Menschen.

Der Hamburger Sportverein ist im Fußball seine große Leidenschaft.

In der Familie SPD ist er seit 1998 zu Hause. Sowohl im Distrikt als auch im Ortsvereinsvorstand war er in den vergangenen Jahren in verschiedenen Positionen tätig. Zur Zeit ist er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Heinsberg.

Seit der Kommunalwahl 2004 gehört er als Stadtverordneter dem Rat der Stadt Heinsberg an.

Ausschüsse:

Bauausschuss, Sportausschuss, Städtepartnerschaftsausschuss und Mitglied der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Heinsberg GmbH.

Ralf Herberg

Wahlkreis Dremmen I

Der 55jährige Finanzbeamte wurde in Bochum geboren und wohnt seit 1962 im Ortsteil Dremmen. Er ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Im Ortsteil Dremmen war er jahrelang im TUS Rheinland Dremmen als aktiver Fußballer und später als



Trainer, Betreuer und Funktionär, insbesondere in der Fußballjugendabteilung, tätig. Darüber hinaus hat er mehr als 20 Jahre für die Karnevalsgesellschaft „Drömmmer Hahne“ e.V. in diversen Funktionen gearbeitet. Seit dem 1.12.1983 gehört er der SPD an, in der er direkt aktiv eingebunden wurde. Sowohl im Ortsverein als auch im Distrikt Oberbruch-Dremmen hat er seit dieser Zeit verschiedene Ämter innegehabt. Seit 1985 ist er Mitglied des Sportausschusses der Stadt Heinsberg, dessen Vorsitzender er in der Zeit von 1994 – 1999 war. Dem Rat der Stadt Heinsberg gehört er seit 1994 an. Seit dem 1.1.2003 ist er Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion.

Ausschüsse:

Haupt- und Finanzausschuss, Liegenschaftsausschuss, Sportausschuss, Mitglied der Gesellschafterversammlung und des Verwaltungsrates der Städtischen Krankenhaus Heinsberg GmbH.

Privatisierungswahn Hirngespinnste der FDP

Würden die Forderungen und Wünsche der FDP-Fraktion Realität, dann könnten sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg auf einige gravierende Einschränkungen gefasst machen.

So stellten die FDP-Leute in der Vergangenheit pauschal fest, dass:

- die Sportanlagen der Stadt Heinsberg Zuschüsse von mehr als EUR 400.000,-- pro Jahr beanspruchen.

- die Bücherei weniger als EUR 2.000,-- Einnahmen erzielen und dadurch mit mehr als EUR 150.000,--subventioniert würde.

- die Kosten für Ersatzbeschaffungen bei der Fest- und Stadthalle höher sind als die Pachteinnahmen.

Mit solchen Feststellungen begründen die "Freien Demokraten" das "Aus" einer der beiden Hallen, die "Privatisierung" der Sportstätten und der Stadtbücherei. So entzieht man sich der sozialen Verantwortung.

Das sind nicht etwa spezielle Ideen und Forderungen der Heinsberger FDP, vielmehr entspringen solche Gedankengänge der Programmatik, der Ideologie der "Freien Demokratischen Partei Deutschlands".

Am liebsten den Staat und die staatliche Vorsorge ganz abschaffen. Öffentliche Einrichtungen privatisieren, kapitalisieren und kommerziell verwerten und ausbeuten.

Die SPD wird solche Bestrebungen zu verhindern wissen!

	7				5			
		3		1				
4			3		2			
	6		8	2	3	4		
							6	3
2	3		5		1			8
3			9	4	6	1		
	1	7		5	8		3	
8	4		1	3	7		9	

HS Aktuell 1/2008 Auflage 20.000

Herausgeber: SPD-Ortsverein Heinsberg
ViSdP: Hans Josef Voßenkaul, Distelweg 13,
52525 Heinsberg-Dremmen, Tel. 0 24 52 - 66 588

Mail: hjvossenkaul@t-online.de
www.spd-heinsberg.de

Redaktion

Georg Grün, Ralf Herberg,
Jürgen Sieberg, Hans Josef Voßenkaul

Layout/Druck JS Computer Design, info@jscd-online.de

HS-Aktuell

Heinsberger Blätter 1/2008

Eine Information des SPD-Ortsvereins Heinsberg

Prima Klima

SPD-Fraktion fordert ökologisches Umdenken

Die Problematik des Klimawandels ist seit geraumer Zeit in aller Munde. Erste Auswirkungen der nachhaltigen Veränderungen im Gleichgewicht der Naturkräfte spüren wir zunehmend auch in unserem Land.

Gleichzeitig führt die drastische Steigerung der Energie- und Treibstoffkosten jedem Bürger vor Augen, dass konventionelle Energieträger wie Gas, Öl oder Kohle nicht nur klimagefährdende Faktoren sind, sondern als zunehmend knappes und endliches Gut auch begehrtes Spekulationsobjekt.

Vor diesem Hintergrund muss nicht allein der Einzelne seinen bisher eher unbekümmerten Umgang mit den kostenträchtigen Energien überprüfen, sondern auch und vor allem die öffentliche Hand und insbesondere die Kommunen. Dabei geht es hier nicht allein um Effekte der Kostenkontrolle oder -einsparung, sondern auch um Vorbild- und Beispielfunktionen.

Vor diesem Hintergrund bedauerte Ralf Herberg als Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion im März letzten Jahres in einer Rede vor der Ratssammlung das zurückhaltende Engagement der Verwaltung. Anlass waren die anstehenden Um- und Ausbauarbeiten an der Hauptschule Oberbruch. Die SPD-Fraktion hätte sich gewünscht, im Bauausschuss auch über die Nutzung alternativer, solargestützter Energiesysteme zu diskutieren. Mögliche Studien, Konzepte oder Kalkulationen wurden durch die Verwaltung jedoch nicht zur Verfügung gestellt, wodurch eine konstruktive Diskussion ausgebremst wurde. Seinerzeit kündigte die SPD-

Fraktion die Einbringung eines Antrages zu "Klimaschutz, Energieeffizienz, Einsatz von regenerativen Energien" in den Rat der Stadt an. Im Oktober nun brachte die SPD den Antrag als Beschlussvortrag in die Tagesordnung der Ratssitzung ein.



Die Auswirkungen des Klimawandels sind für Alle spürbar

Dieser Antrag beinhaltet im Wesentlichen vier Schwerpunktforderungen:

- die Ausweisung und Erfassung von geeigneten Dachflächen zur Betreuung von Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlagen, sowie die obligatorische Vorbereitung zur Installation solcher Anlagen bei der Sanierung von Dachflächen,
- die Umstellung des städtischen Fuhrparks auf klimaschonende Kraftstoffarten, z.B. Erdgas, die Nachrüstung aller dieselbetriebener Fahrzeuge mit Partikelfiltern,
- die strukturierte Überprüfung der Energieeffizienz im öffentlichen Raum mit geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs und
- die Umstellung der notwendigen Stromlieferung auf Ökostrom für die Verwaltungsgebäude und Betriebseinrichtungen.

Eingebettet sind diese Forderungen in einen Strauß begleitender Maßnahmen. Dazu gehört die Schulung und Qualifizierung städtischer Mitarbeiter ebenso wie die geeignete Beratung und Information der Heinsberger Bürger. In die Entwicklung und Um-

setzung des Klimaschutzkonzeptes sollen unter Federführung der städtischen Verwaltung öffentliche Institutionen (IHK, Kreishandwerkerschaft, etc.), aber auch mögliche privatwirtschaftliche Investoren eingebunden werden.

Der Antrag mündet in die Aufforderung an die Verwaltung, eine Kostenanalyse für die geforderten

Maßnahmen zu erstellen und die daraus festgestellten notwendigen Mittel in den Haushaltsplan für das Jahr 2008 einzustellen.

Leider konnte der Antrag in der Sitzung des Rates nicht umfassend beraten werden und wurde auf Antrag der CDU-Fraktion vertagt.

Mit der Formulierung dieses Antrages setzt die SPD in Heinsberg jedoch ihre bereits seit Jahren verfolgte Linie des verantwortungsbewussten und schonenden Umgangs mit natürlichen Ressourcen fort und beweist, dass auch aus der Opposition heraus konstruktive und zukunftsweisende Politik für die Bürger der Stadt gestaltet werden kann.

Die Originaltexte des Antrages sind auf der Homepage der SPD-Heinsberg unter www.spd-heinsberg.de nachzulesen.(GG)

Der Ortsverein
in Heinsberg

SPD

Unser Mann in Aphoven und Laffeld

Wie ein Schottergelände zu einem attraktiven Dorfplatz aufgewertet wurde

90 Tonnen Material waren nötig, um das 840 m² große Areal mit einer Tragedeckschicht, einer 0,16er Körnung zu überziehen, nachdem zuvor die Fläche profiliert, die Wasserführung optimiert und eine zweckmäßige Verkabelung für Kirmesveranstaltungen und Beleuchtung teilweise neu verlegt worden waren.

Bevor mit der praktischen Ausführung der Maßnahme begonnen werden konnte, mußte nicht nur der Bürgermeister von der Dringlichkeit überzeugt werden, sondern auch diejenigen (vor allem Vereinsmitglieder des Aphovener Trommler- und Pfeiferkorps "Bleib treu"), die ehrenamtlich die von der Stadt geforderte Eigenleistung erbringen sollten.

Eine namhafte Heinsberger Firma stellte zwar kostenlos die Großgeräte (Fertiger, Bagger, LKW) zur Verfügung, Hand- und Spanndienste waren dennoch in beträchtlichem Umfange zu leisten. Vor allem mussten die Freiwilligen die Befähigung

für den sachgerechten Umgang mit den wertvollen Gerätschaften vorweisen können. Das Gesamtpaket zu



Lambert Rebig
Stadratsmitglied

schnüren, alle Beteiligten und die Zustimmung der Stadt zwecks Übernahme

der Materialkosten, und nicht zuletzt den zeitlichen Ablauf unter einen Hut zu bringen, war die vorrangige Aufgabe unseres Mannes in Aphoven, des Stadtverordneten Lambert Rebig, der bei der praktischen Ausführung der Maßnahme selbstverständlich auch Hacke und Schippe in die Hand nahm.

Die Befestigung des Dorfplatzes war natürlich etwas Herausragendes unter den vielen Anliegen, die aus der Bürgerschaft an unseren Stadtverordneten heran getragen werden.

Lambert Rebig ist, wie es sich für einen Stadtverordneten gehört, für die Bürgerschaft nicht nur Ansprechpartner in beinahe allen städtischen und örtlichen Angelegenheiten, Sozialdemokrat Rebig ist auch offizieller Behindertenbeauftragter der Stadt Heinsberg.

Bereits bei der Planung öffentlicher Bau- u. Verkehrsmaßnahmen wird Lambert Rebig, mit Blick auf behindertengerechte Ausführung, beratend hinzugezogen.(K.H.Ch.)

Landesregierung läßt Kommunen im Stich

Zusagen wurden nicht eingehalten

Im Haushaltsplan 2007 hatte der Kämmerer der Stadt Heinsberg eine Landesförderung für die Umwandlung von Gemeinschaftsgrundschulen zu offenen Ganztagschulen in Höhe von insgesamt EUR 805.000,- (7 Schulen x EUR 115.000,-) eingeplant. Im Juni letzten Jahres kam dann die Schreckensnachricht: das Land NRW hat die Fördersätze für den Ausbau von Ganztagschulen drastisch gekürzt! Die Folge davon war, dass die Stadt Heinsberg keinen Cent für diese Maßnahmen erhielt. Selbst Bürgermeister Offergeld äußerte

sich verärgert: (Zitat) "Enttäuschend ist selbstverständlich, dass das Land NRW große Programme auflegt und verkündet, anschließend aber zu wenig Geld bereitstellt, um die vorliegenden Anträge auch entsprechend bedienen zu können."

Nur der Tatsache, dass von Seiten der Verwaltung Gelder für insgesamt 7 Schulen eingeplant wurden, letztendlich aber nur 3 Schulen die Gelder in Anspruch nahmen, ist es zu verdanken, dass diese erneute Kürzung der CDU/FDP-Landesregierung ausgeglichen werden konnte.

Krankenhäuser

Kürzlich war zu lesen, dass NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) der rot-grünen Vorgängerregierung vorgeworfen hat, dass Krankenhäuser nach Parteibuch gefördert worden sind.

Das städtische Krankenhaus Heinsberg hat in den letzten Jahren Investitionen von rund 20 Mio. getätigt, die fast vollständig von der alten rot-grünen Landesregierung gefördert wurden. Hierzu zählte der Neubau

und die Sanierung des Altbaus und erst kürzlich der Neubau der Cafeteria sowie der Ausbau der 3. Etage für die Gynäkologie und Geburtsstation. Das Land NRW hat sich für die Belange der Stadt Heinsberg immer vehement eingesetzt und Gelder bereitgestellt.

Wenn die These von Minister Laumann stimmt, muss der Bürgermeister der Stadt Heinsberg ein rotes SPD Parteibuch haben. (RH)

Dorfentwicklung

Zusagen nicht eingehalten II

So stand es auf der Tagesordnung der Ratssitzung vom 8. August 2007. Gemeint war die Restfinanzierung der "Dorfentwicklungsmaßnahme Ortskern Dremmen", die zwischenzeitlich - zur Freude der SPD - endlich fertiggestellt worden ist. Jedoch erinnern sie sich: Der Dremmener Bevölkerung wurde von der CDU im Kommunalwahlkampf 2004 eine Maßnahme versprochen, die den Anlieger nichts kosten und bereits im Jahr 2005 durchgeführt werden sollte. Damals ging man von einem Bauvolumen von rund 576.000,- Euro aus. Das Land NRW, damals noch von der SPD regiert, wollte diese Maßnahme über das Amt für Agrarordnung mit 50 % fördern.

Nachdem nun eine CDU/FDP-Landesregierung in Düsseldorf am Ruder ist, ist von einer 50%igen Förderung nicht mehr die Rede. Übrig bleiben nur noch 30%.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Stadt Heinsberg unter der alten SPD-Landesregierung wesentlich besser gefahren ist.(RH)

Neues Abfallkonzept findet nicht nur Beifall

Auf der Tagesordnung der Ratssitzung vom 28.11.2007 stand u.a. der Punkt "Erlass einer neuen Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Heinsberg".

Grundlage hierfür war der Beschluss über die Änderung des Abfallentsorgungskonzepts in der Bauausschusssitzung vom 7. März 2007. Hier hatten die Vertreter der SPD-Fraktion gegen die Beschlussvorlage und somit gegen eine Änderung des bisherigen Abfallkonzepts gestimmt.

Dafür gab es gute Gründe, die von uns bereits mehrfach erläutert, von anderer Seite jedoch immer wieder bewusst falsch propagiert wurden.

Zur Klarstellung nochmals unsere maßgeblichen Gründe:

1. In der Stadt Heinsberg gab es ein funktionierendes Abfallentsorgungskonzept.
2. Nach unserer Auffassung ist das im März 2007 verabschiedete System komplizierter und führt in einigen Punkten zu Benachteiligungen für die Bürgerinnen und Bürger.
3. Hauptgrund für die Versagung unserer Zustimmung war jedoch die Tatsache, dass zum damaligen Zeitpunkt keine konkreten Zahlen vorgelegt werden konnten. Ein finanzieller Vergleich zwischen altem und neuem System war nicht möglich. Eine Ausschreibung sollte erst nach der Beschlussfassung erfolgen. Man verlangte von uns bei der Beschlussvorlage im Bauausschuss, dass wir den Vorschlägen der Verwaltung ungeprüft Folge leisten.

Die Ratsmitglieder der CDU, der FDP und der Grünen-Fraktion sind den Vorschlägen der Verwaltung widerspruchslos gefolgt. Der SPD wurde ihre kritische Haltung vorgeworfen. Dafür haben wir kein Verständnis!

Der wesentliche Pluspunkt bei dem vorliegenden Satzungsentwurf ist für die Bürgerinnen und Bürger, dass die Gebühr augenscheinlich sinkt. Nach der kräftigen Gebührenerhöhung zum 1.1.2006, als die Gebühren um 20% angehoben wurden, fand nunmehr eine Normalisierung der Verhältnisse statt. Wenn die CDU-Fraktion nunmehr als "Wohltäter auf dem Abfallsektor" auftritt, ist dies jedoch Augenswischerei.

Nach der vorliegenden Kalkulation wird die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger drastisch reduziert. Der Müll wird generell nur noch 14-tägig abgeholt. Nach dem alten System wurden früher 1.612 Stck. 80 Liter-tonnen und 635 Stck. 120 Litergefäße wöchentlich entleert. Das durch diese Reduzierung der Leistung die Vergütung an den Unternehmer sinkt, leuchtet jedem ein. Dies wäre im Übrigen auch beim alten System der Fall gewesen, da sich die im Bereich der Abfallentsorgung tätigen Unternehmen in einem starken Konkurrenzkampf befinden, was bei einer Neuausschreibung der Müllentsorgung auch nach dem alten System zu einer starken Kostenreduzierung geführt hätte. Dies wurde uns von Seiten der Verwaltung bestätigt.

Zudem wurden EUR 246.000,- der durch die Gebührenerhöhung angewachsenen Sonderrücklage entnommen. Geld, das die Bürgerinnen und Bürger bereits gezahlt haben und das ihnen sowieso zusteht. Die Senkung der Gebühren beruht somit nicht auf dem Wohlwollen der CDU. Wie lange die Gebührensenkung halten wird, bleibt abzuwarten, da u. U. mit steigenden Deponiegebühren, die an den Kreis Heinsberg abgeführt werden, zu rechnen ist, wenn der Müll, der einer thermischen Abfallverwertung zugeführt wird, kreisweit nicht mehr die erforderliche Gesamtmenge erreicht.

Ein weiterer Faktor könnte auch darin liegen, dass durch die Sperrmüllentsorgung mittels Anforderungskarte die

wilde Müllentsorgung drastisch zunimmt. Die von Herrn Dieder im März dieses Jahres prognostizierten 40% Entlastung bei der Sperrmüllentsorgung wurden von ihm selbst schon auf 20% reduziert. Dennoch bleibt für die SPD-Fraktion die ungeklärte Frage: "Wo bleibt der restliche Sperrmüll, den es bisher gab?"

Bei einer vierzehntägigen Abfuhr der Tonnen, insbesondere in den Sommermonaten, könnte auf die Bürgerinnen und Bürger zusätzliche Kosten zukommen, weil sie sich einen so genannten "Madendeckel" zulegen müssen. Im Internet unter www.madendeckel.de sind die damit in Zusammenhang stehenden Probleme deutlich dargestellt. Der SPD-Fraktion missfällt ferner die Ausführungen in § 13 Abs. 4 Satz 3 der Satzung. Die Sammlung von Grünabfällen in Papiersäcken stößt bei vielen Kleingärtnern auf Unverständnis, da solche Papiersäcke nicht im Freien gelagert werden können und in ihnen kein nasses Laub bzw. Grasschnitt aufbewahrt werden kann. Da nicht in jedem Haushalt Papiersäcke in ausreichender Zahl vorhanden sind, müssen diese gekauft werden.

Die SPD-Fraktion hat sich mit dem vorliegenden Satzungsentwurf und insbesondere mit der Kalkulation ausgiebig beschäftigt.

Trotz der zuvor aufgeführten Kritikpunkte sind wir dem Beschlussvorschlag jedoch gefolgt, da für uns letztendlich die finanzielle Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stand.(RH)

Neujahrsempfang der Heinsberger SPD

Traditionelle Veranstaltung findet bereits zum 13. Mal statt



Am 26. Januar 2008 fand in der Köpi-Stube in Heinsberg der traditionelle Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins Heinsberg statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch vier verdiente SPD-Mitglieder geehrt. Hans Josef Voßenkaul zeichnete Ralf Herberg, Bernd Reinecke, Hans-Jürgen Reinecke und Hans-Gerd Wallraven für ihre 25-jährige Parteimitgliedschaft aus.